



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann

Es informiert Sie:	Andrea Pannen
Telefon:	02104 / 99-2257
Fax:	02104/99-842257
E-Mail:	andrea.pannen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 16.05.2013

Niederschrift

zur Sitzung der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann

Sitzungstermin Mittwoch, den 15.05.2013, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Martin M. Richter

Mitglieder

Dr. Hildegard Arnold
Heide Brüne
Elisabeth Cordts
Dagmar Czerny
Dörthe Dylewski
Andreas Eggerer
Ute Feldbrügge
Dr. Elisabeth Hemmer
Michael Höhne
Sabine Kaiser
Rainer Krause
Holger Lachmann
Dr. Rudolf Lange
Lilo Löffler
Stefan Mies
Marianne Münnich
Dr. Johannes Podlinski
Thomas Rasch

Dirk Raspe
Ingrid Reljic
Klaus Rohde
Carola Rotert
Harald Salzmänn
Sybille Schettgen
Dr. Andrea Schmidt
Margret Stolz
Edith Wolf

Anwesende stellvertretende Mitglieder

Doris Grünendahl
Regina Kohnert
Heike Laukötter
Manfred Vollmer

Verwaltung

Ulrike Haase
Andrea Pannen
Dr. Maike Reiß
Anna Schiffer

Gäste

Ludger Euwens
Rolf D. Gassen
Heinrich Hunstiger
Bodo Keißner-Hesse
Thomas Müller
Gertrud Overhage

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.4. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.12.2012
2. Bericht aus der Sitzung des Beirates Kinder- und Jugendgesundheit vom 13.03.2013 53/005/2013

- | | | |
|----|--|-------------|
| 3. | Vorstellung der Bildungsakademie für Gesundheits- und Sozialberufe des Kreises Mettmann GmbH | 40/021/2013 |
| 4. | Veränderungen in der Krankenhauslandschaft im Kreis Mettmann | 53/006/2013 |
| 5. | Kommunale Offensive Mettmann gegen Multi-Resistente Erreger - mündlicher Bericht | |
| 6. | Pflegerstatistik - Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung im Kreis Mettmann | |
| 7. | Neuregelungen der gesetzlichen Pflegeversicherung | |
| 8. | Verschiedenes | |

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende der Gesundheits- und Pflegekonferenz (GPK) des Kreises Mettmann, Herr Richter, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Besonders heißt er Frau Gertrud Overhage und Herrn Rolf D. Gassen willkommen. Beide wären bereit, als Nachfolger/in von Herrn Dr. Tils den Bereich des Patientenschutzes in der GPK zu vertreten. Herr Richter bittet sie im Anschluss an die Sitzung zu einem kurzen Gespräch, in dem eine Einigung zur künftigen Mitgliedschaft in der GPK herbeigeführt werden soll.

(Hinweis: Herr Gassen wird künftig als ordentliches Mitglied den Bereich des Patientenschutzes vertreten.)

Des Weiteren stellt er den Anwesenden Frau Carola Rotert vor. Sie ist als Nachfolgerin für Frau Greve-Tegeler durch den Kreistag des Kreises Mettmann in die GPK gewählt worden und nimmt heute zum ersten Mal an der Sitzung teil.

Herr Heinrich Hunstiger wird künftig als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für Herrn Axel Fortmann den Bereich der privaten Krankenversicherung vertreten. Er nimmt an der heutigen Sitzung bereits als Gast teil. Herr Richter heißt ihn herzlich willkommen.

Der Vorsitzende weist außerdem darauf hin, dass Frau Sylvia Ringling als stellvertretendes Mitglied für den Bereich der „Organisationen, die die Interessen der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen vertreten“ ausgeschieden ist. Auch Herr Marcus Kirchmann (stellvertretendes Mitglied für den Bereich der Krankenhäuser) gehört der GPK nicht mehr an. Für beide werden Nachfolger/innen gesucht.

Herr Richter kündigt an, dass den Mitgliedern eine aktuelle Liste über die Zusammensetzung der GPK zur Verfügung gestellt, sobald sämtliche Nachfolger/innen bestimmt werden konnten.

Besonders begrüßt er auch die heutigen Referenten

- Herr Keißner-Hesse (Vorstellung der Bildungsakademie für Gesundheits- und Sozialberufe des Kreises Mettmann, TOP 3)
- Herr Müller, (Entwicklung in der pflegerischen Versorgung im Kreis Mettmann, TOP 6)
- Herr Euwens (Neuregelungen der gesetzlichen Pflegeversicherung, TOP 7).

Der Vorsitzende stellt anschließend fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Danach erfolgt die Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit.

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 12.12.2012 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 2: Bericht aus der Sitzung des Beirates Kinder- und Jugendgesundheit vom 13.03.2013 - Vorlage Nr. 53/005/2013

Herr Richter erinnert daran, dass der Beirat Kinder- und Jugendgesundheit eine ständige Arbeitsgruppe der GPK darstellt, über deren Beratungsergebnisse und Handlungsempfehlungen die GPK zu informieren ist.

In seiner Sitzung vom 13.03.2013 hat sich der Beirat ausschließlich dem Thema „Erkenntnisse aus den Schuleingangsuntersuchungen 2012“ gewidmet. Die Schlussfolgerungen des Beirates ergeben sich aus der übersandten Vorlage, die Präsentation ist der Vorlage als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Lange geht nochmals auf die Erkenntnisse der Schuleingangsuntersuchung ein. Bestätigt werden kann das, was Studien bereits belegen: Der Bildungshintergrund der Eltern beeinflusst zu einem großen Maße die schulrelevanten Fähigkeiten ihrer Kinder. Deshalb ist u.U. eine frühzeitige individuelle Förderung, die an den Möglichkeiten der Kinder ansetzt, besonders wichtig. Kinder mit Entwicklungsbedarf profitieren besonders auch von einem möglichst frühen und regelmäßigen Kindergartenbesuch.

Die umfassenden Daten- und Informationsgrundlagen aus der Schuleingangsuntersuchung sind auch für die Bereiche „Schule“ und „Jugendhilfe“ sehr wertvoll. Das Gesundheitsamt bemüht sich deshalb darum, ab der nächsten Kommunalwahlperiode in allen Jugendhilfeausschüssen der kreisangehörigen Städte vertreten zu sein, um Gesundheits- und Jugendhilfe noch stärker als bisher miteinander zu verzahnen. Damit soll u.a. auch die Chance genutzt werden, die Erkenntnisse der Schuleingangsuntersuchungen auf die kreisangehörigen Städte herunter zu brechen, um sie gemeinsam mit den Ärztinnen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes zu diskutieren, zu interpretieren und die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Herr Richter und Frau Haase bestätigen, dass die Städte ein Interesse an den Daten und Erkenntnissen aus der Schuleingangsuntersuchung haben. Das Gesundheitsamt werde in diese Berichterstattung einsteigen. Allerdings wolle man diese Leistung an eine geborene Mitgliedschaft von Vertreter/innen des Gesundheitsamtes in den Jugendhilfeausschüssen knüpfen. Die Thematik wird aktuell in den entsprechenden Konferenzen der Schul-, Sozial- und Jugenddezernenten der Städte aufgegriffen.

Auf Nachfrage von Herrn Rohde ergänzt Herr Dr. Lange, dass die Ärztinnen im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst medizinisch sachverständig tätig sind und im Rahmen der Einschulungsuntersuchung die Kinder eines ganzen Jahrgangs allumfassend untersuchen. Schulisorganisatorische Beratungen im Falle eines speziellen Förderbedarfs des Kindes liegen jedoch in der Zuständigkeit des jeweiligen Schulträgers.

Nach abschließender Diskussion dankt Herr Richter Frau Schiffer sowie Frau Dr. Reiß (stellvertretend für alle Kinderärztinnen des Gesundheitsamtes) für die Erstellung der aufschlussreichen Unterlage.

Zu Punkt 3:	Vorstellung der Bildungsakademie für Gesundheits- und Sozialberufe des Kreises Mettmann GmbH - Vorlage Nr. 40/021/2013
--------------------	---

Herr Richter begrüßt nochmals den Schulleiter der Bildungsakademie für Gesundheits- und Sozialberufe des Kreises Mettmann GmbH, Herrn Keißner-Hesse, der sich freundlicherweise bereit erklärt hat, den Anwesenden die Arbeit der Akademie vorzustellen.

Herr Keißner-Hesse geht in seinem Vortrag zunächst auf die Historie sowie die Aufgaben der Bildungsakademie ein und erläutert die Bildungsangebote. Er thematisiert anschließend das Dilemma der Gesundheits- und Sozialwirtschaft: Das schlechte Berufsimago in der Pflege und die damit verbundenen Nachwuchsprobleme einerseits sowie die demographische Veränderung und die Zunahme der Pflegebedürftigen andererseits führen zu einer eklatanten Versorgungslücke.

Ausblickend hält er die Verbesserung des Branchen- und Berufsimagoes der Altenpflege sowie die Reduzierung von professionellen Pflegeleistungen durch Quartiersentwicklung in den Städten für unerlässlich.

In der sich anschließenden Diskussion wird übereinstimmend festgestellt, dass sich an der gesellschaftlichen Wertschätzung dieses Berufsfeldes noch etwas verändern müsse. Danach ist wortwörtlich zu hinterfragen, was der Gesellschaft diese Arbeit speziell wert sei, d.h. welche Bezahlung gerecht und angemessen erscheint.

Herr Krause betont, wie wichtig es sei, das Positive und die Stärken des Berufsfeldes herauszustellen.

Herr Keißner-Hesse bestätigt, dass die Bildungsakademie auf unterschiedliche Art und Weise erfolgreich in Sachen „Positivwerbung“ unterwegs sei. Hohen Zuspruch erhalte die Akademie von Menschen mit Migrationshintergrund.

Auf Nachfrage von Frau Stolz erklärt Herr Keißner-Hesse, dass die durchschnittliche Verweildauer im Berufsbild der Altenpflege bei 19,6 Jahren liegt. Er bewertet diese Zahl als positiv.

In Beantwortung der Frage von Herrn Gassen teilt er mit, dass rund 95 % der Teilnehmer ihre Erstausbildung absolvieren.

Herr Richter dankt Herrn Keißner-Hesse für den informativen Vortrag und wünscht der Bildungsakademie weiterhin viel Erfolg.

Der Vortrag ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Zu Punkt 4:	Veränderungen in der Krankenhauslandschaft im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 53/006/2013
--------------------	---

Herr Richter erinnert daran, dass in der örtlichen Presse in letzter Zeit über Standortaufgaben, Fusionen und Trägerwechsel bei Krankenhäusern zu lesen war. Die Vorlage gibt einen Überblick über anstehende Veränderungen in der Krankenhauslandschaft im Kreis Mettmann, die wegen der finanziellen Risiken und des steigenden Kostendrucks unausweichlich waren.

Auf Nachfrage von Herrn Rohde weist Herr Dr. Lange darauf hin, dass ihm keine konkreten Planungen bezüglich der Einrichtung einer Abteilung der Rheinischen Landesklinik in Mettmann bekannt sind.

Herr Gassen erfragt den aktuellen Stand hinsichtlich einer forensischen Klinik im Landgerichtsbezirk Wuppertal. Herr Richter berichtet, dass noch keine abschließende Entscheidung getroffen wurde. Die Landesregierung prüft bekanntlich u.a. einen Standort auf Wuppertaler Stadtgebiet (an der Grenze zu Velbert-Neviges) sowie das Gelände der Bergischen Diakonieveranstaltung in Wülfrath.

In der sich anschließenden Diskussion wird insbesondere die Verlagerung der geriatrischen Betten von Velbert-Neviges nach Wuppertal mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig wird festgestellt, dass die Einflussmöglichkeiten gering sind, da die Planungskonzepte im Wesentlichen zwischen den Vertretungen der Krankenhäuser und den Krankenkassen ausgehandelt werden. Das Land entscheidet abschließend im Rahmen der übergreifenden Krankenhausplanung.

Herr Mies informiert, dass das Klinikum Niederberg sowie die Krankenhäuser in Monheim und Langenfeld im Rahmen der Krankenhausplanung Interesse an geriatrischen Betten angemeldet haben.

Die Mitglieder der GPK halten ein ortsnahe Angebot an geriatrischer Behandlungskompetenz für dringend erforderlich und appellieren an das Ministerium, sich für eine zeitnahe Entscheidung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Mettmann einzusetzen.

Zu Punkt 5: Kommunale Offensive Mettmann gegen Multi-Resistente Erreger - mündlicher Bericht

Die Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann hat in ihrer Sitzung vom 09.11.2011 die Arbeitsgruppe „Kommunale Offensive **MET**mann gegen **Multi** Resistente **Erreger** (KOMET MRE) gebildet. Diese Arbeitsgruppe wurde beauftragt, bereichsübergreifende Vorgaben / Leitfäden für die Behandlung, Hygiene und Pflege von Patienten mit multiresistenten Erregern zu entwickeln und diese der Gesundheits- und Pflegekonferenz möglichst bis Ende 2013 vorzulegen.

Herr Dr. Lange berichtet über den aktuellen Sachstand:

Die Arbeitsgruppe KOMET MRE hat mittlerweile einen „Standard Kreis Mettmann“ zur Prävention gegen multiresistente Erreger im Kreis Mettmann entwickelt, in dem die wesentlichen Verfahrensschritte erläutert und Muster für die gebotenen Informationsmittel/Arbeitsmaterialien zur Verfügung gestellt wurden. Die nunmehr bestehende Herausforderung liegt darin, den „Standard Kreis Mettmann“ flächendeckend und gemeinsam für alle beteiligten Dienste und Institutionen im Kreis Mettmann zu kommunizieren und – im Rahmen der Möglichkeiten – verbindlich als „gelebtes Verfahren“ einzuführen.

Anlässlich des Symposiums am 17.04.2013 in Erkrath wurde das Konzept des Netzwerkes vorgestellt.

Das Verfahrenskonzept einschließlich der vorgeschlagenen Muster sind allen wesentlich Beteiligten mit Schreiben vom 15.03.2013 zur Verfügung gestellt worden. Sie wurden gebeten, die Materialien/Konzepte in ihrem jeweiligen Fachdienst einzusetzen, sie in der angelaufenen Testphase auf Praxistauglichkeit zu testen und über ihre Erfahrungen zu berichten. Ab dem Jahr 2014 ist sodann die Etablierung des Verfahrens als alltagstauglicher und anerkannter Standard im Kreis Mettmann angestrebt und erhofft.

Informationen dazu sind auch über die Internetseite des Netzwerkes www.komet-mre.de zu erhalten.

Herr Richter wünscht allen Beteiligten ein gutes Gelingen.

Zu Punkt 6: Pflegestatistik - Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung im Kreis Mettmann
--

Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder seit 1999 zweijährlich durchgeführt. Ziel ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Es liegt nunmehr die Pflegestatistik 2011 vor.

Herr Müller, Abteilungsleiter des Kreissozialamtes, zuständig für Integration und Soziale Planung, gibt einen Einblick in die Entwicklungen der pflegerischen Versorgung im Kreis Mettmann. So weist er u.a. darauf hin, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen und die Anzahl des Personals angestiegen sind, ein leichter Rückgang des Anteils stationärer Versorgung festgestellt werden kann und eine Verbesserung des Personal- bzw. Versorgungsschlüssels erreicht werden konnte.

In der anschließenden Diskussion berichtet Herr Richter von den Bemühungen des Kreissozialamtes die Ambulantisierung in der Pflege zu intensivieren. Festzustellen ist, dass viele Menschen in stationären Einrichtungen untergebracht sind, obwohl sie auch zu Hause gepflegt werden könnten. Tatsache ist auch, dass viele Heimbewohner lieber zu Hause gepflegt werden möchten, sofern es entsprechende Strukturen gäbe.

Angesichts der Überkapazitäten der Heime an stationären Plätzen (der Bedarf folgt in diesem Fall dem Angebot) besteht derzeit leider wenig Druck, ambulante Plätze zur Verfügung zu stellen.

Dennoch besteht dringender Handlungsbedarf, da die Aufwendungen der Sozialhilfeträger (im Kreis Mettmann in 2009: rd. 20 Mio. € für Hilfen in Einrichtungen/Pflegewohnung; in 2025 geschätzte 44 Mio. €) die öffentlichen Haushalte sprengen.

Auf Hinweis von Frau Dylewski bestätigt Herr Richter, dass eine Unterversorgung an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen besteht. Hier müsse im Interesse pflegender Angehöriger dringend Abhilfe geschaffen werden.

Nach abschließender Diskussion dankt Herr Richter Herrn Müller für den anschaulichen Vortrag. Der Vortrag ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Zu Punkt 7: Neuregelungen der gesetzlichen Pflegeversicherung
--

Herr Ludger Euwens, Referatsleiter der AOK Rheinland/Hamburg, Geschäftsbereich Pflege, informiert in seinem Vortrag kurz über die wesentlichen Änderungen des Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtung-Gesetz – PNG).

Durch das PNG wird u.a. der Grundsatz „ambulant vor stationär“ unterstützt, indem mehr Chancen für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben u.a. durch Förderung ambulanter alternativer Wohnformen eröffnet werden. Zudem soll auch der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ gestärkt werden. Abschließend thematisiert er weitere Herausforderungen wie z.B. die Schaffung quartiersnaher Versorgungsstrukturen, die Vernetzung von Medizin und Pflege, die Schaffung von Strukturen für qualitativ hochwertige Intensivpflege uvm.

Herr Richter dankt Herrn Euwens für den informativen Vortrag. Dieser habe nochmals eindringlich vor Augen geführt, welche Problemlagen zu erwarten seien, wenn keine rechtzeitigen Weichenstellungen vorgenommen werden.

Der Vortrag ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt.

Psychiatrische Versorgung durch niedergelassene Psychiater im Kreis Mettmann

Die GPK hat sich schon mehrfach mit der ambulanten ärztlich-psychiatrischen Versorgung im Kreis Mettmann befasst. Anlass waren Informationen über häufig unzumutbare lange Wartezeiten für Patienten auf einen Arzttermin. In der letzten Sitzung wurde berichtet, dass die neu überarbeitete Bedarfsplanungsrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses möglicherweise Auswirkungen auf den Versorgungsgrad und damit die Anzahl der Psychiater, Nervenärzte und Neurologen im Kreis Mettmann hat.

Das Gesundheitsamt hat bei der kassenärztlichen Vereinigung nachgefragt, ob neue Steuerungselemente zur bedarfsgerechten Verteilung von Psychiatern geschaffen wurden und ob hierdurch Verbesserungen zu erwarten seien. Eine Antwort steht leider noch aus.

Herr Dr. Lange befürchtet, dass keine nennenswerten Änderungen in der psychiatrischen Versorgung eintreten werden. Über die weiteren Erkenntnisse werden die Mitglieder der GPK auf dem Laufenden gehalten.

Hinweis:

Am 16.05.2013 ging das Antwortschreiben der kassenärztlichen Vereinigung ein. Danach ergibt sich eine Verbesserung der Verhältniszahl von 30.212 Einwohner je Nervenarzt auf 28.921 Einwohner je Nervenarzt. Dies führt zwar rechnerisch zu einer Absenkung des Versorgungsgrades, nicht jedoch zu einer Öffnung des Planungsbereiches Mettmann für die Zulassung von weiteren Nervenärzten. Das Schreiben ist als Anlage 4 beigefügt.

Sachstandsbericht zum Arbeitskreis „Seniorenerechte Quartiersentwicklung“ Arbeitskreis seniorenerechte Quartiersentwicklung

Herr Vollmer berichtet über eine Klausurtagung der Sozialamtsleiter der kreisangehörigen Städte und des Kreises im Oktober 2012 zum Thema „Seniorenerechte Quartiersentwicklung“. Unter Moderation einer fachkundigen Referentin wurde festgestellt, dass der Quartiersentwicklung vor Ort gerade im Hinblick auf die immer älter werdende Bevölkerung eine bedeutsame Rolle zukommt. Beispiele gelungener Quartiersentwicklung wurden vorgestellt und diskutiert.

Wie bekannt, hat die weit überwiegende Zahl älterer Menschen den Wunsch, so lange wie möglich selbstständig in der eigenen Häuslichkeit und im vertrauten Umfeld zu verbleiben. Dies bedeutet, dass das Lebensumfeld so gestaltet werden sollte, dass diesem Wunsch so weit wie möglich Rechnung getragen werden kann.

Auf Anregung des Kreises wurde ein Arbeitskreis „seniorenerechte Quartiersentwicklung“ gebildet, an dem Vertreter/innen von 5 kreisangehörigen Städten und der Kreisverwaltung teilnehmen. Ziel des Arbeitskreises ist es, ein Konzept bzw. einen Handlungsleitfaden zu entwickeln, der den Städten vor Ort Hinweise gibt, wie eine Quartiersentwicklung mit besonderem Fokus auf die Bedürfnisse älterer Menschen gelingen kann. Die ersten Arbeitskreissitzungen haben inzwischen unter fachkundiger Begleitung der Fachplanung für Sozialplanung und Bürgerengagement in Dortmund (Fastra) stattgefunden. Es ist geplant, dem Sozialausschuss gegen Ende des Jahres die Arbeitsergebnisse zu präsentieren und anschließend auch die Gesundheits- und Pflegekonferenz zu informieren.

Projekt „Quartiersnahe Unterstützung pflegender Angehöriger – Quart-UpA“

Der Kreis Mettmann hat sich mit seinem Programm ALTERnativen 60plus in Kooperation mit den Städten Heiligenhaus und Wülfrath und unter wissenschaftlicher Begleitung des Departments für Pflegewissenschaft der Universität Witten/Herdecke zur Teilnahme an einem Projekt des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW entschlossen.

Bei diesem Projekt geht es um den Aufbau eines Netzwerkes zur quartiersnahen Unterstützung pflegender Angehöriger. Ziel des Projektes ist die Verbesserung der Situation für pflegende Angehörige in den Städten Heiligenhaus und Wülfrath. Durch das Projekt soll mehr Bewusstsein und Anerkennung für pflegende Angehörige auf den Weg gebracht werden. Neben einer verbesserten Vernetzung sollen darüber hinaus Lücken erkannt und geschlossen, die Koordination der Anbieter gefördert, sowie neue, flexible Dienstleistungen respektive Angebote entwickelt werden.

Da sich das Vorgehen an einem Aktionsforschungs- und Praxisentwicklungsansatz orientiert, sollen alle Beteiligten mit eigenen Zielsetzungen, Ideen und Möglichkeiten eingebunden werden.

Das Projekt ist im Frühjahr 2013 mit einer Auftaktveranstaltung am 23.04.13 gestartet und die Laufzeit erstreckt sich bis Sommer 2015. Über den Fortgang des Projektes wird die Gesundheits- und Pflegekonferenz informiert.

Nächste Sitzung der Gesundheits- und Pflegekonferenz

Die nächste Sitzung der Gesundheits- und Pflegekonferenz findet am 13.11.2013, um 15.00 Uhr, in Mettmann statt. Die Einladung hierzu wird rechtzeitig zugesandt.

Ende der Sitzung: 17:25 Uhr

gez.
Martin M. Richter

gez.
Andrea Pannen